



BAG Soziale Stadtentwicklung - GWA e.V. * Stiftstr. 15 * 30159 Hannover

An die BAG-Mitglieder, Landesnetzwerke
und weitere Akteure der sozialen Stadtentwicklung

Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. zur Kürzung der Bundesmittel für die Soziale Stadt

„Soziale Stadt“ vor dem Aus?

Die BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit fordert das gemeinsame Engagement von Bund, Ländern und Kommunen in sozialen Brennpunkten unverändert fortzuführen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP wurde am 23. November 2010 vom Bundestag eine Reduzierung der Städtebauförderung beschlossen. Die Mittel des Programms „Soziale Stadt“ wurden von 95 auf 28,5 Millionen Euro gekürzt. Gleichzeitig wurde das Programm weitgehend auf investive Maßnahmen beschränkt.

Die BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit lehnt die Kürzungen und inhaltlichen Einschränkungen der „Sozialen Stadt“ entschieden ab, da sie die Einstellung des erfolgreichen Programms nach sich ziehen werden. Die Akteure der sozialen Stadtentwicklung sind gefordert die fatalen Auswirkungen dieser Beschlusslage für die benachteiligten Quartiere gegenüber der Politik aufzuzeigen. Auf lokaler Ebene gilt es die Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen auf die Bedeutung und die bisherigen Erfolge der Bundesförderung für eine zukunftsfähige Entwicklung der Städte hinzuweisen.

- Die „Soziale Stadt“ muss als Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Kommunen dauerhaft abgesichert werden. Im Rahmen künftiger Haushaltsberatungen muss mindestens der bisherige Standard der „Sozialen Stadt“ wiederhergestellt werden. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart sind die Ministerien gefordert das Programm stärker ressortübergreifend umzusetzen¹.
- Auf der Ebene der Länder gilt es, die „Soziale Stadt“ weiterhin als Programmschwerpunkt auszustatten und auch weitere Programme der Städtebauförderung (Stadtumbau Ost/West, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren etc.) für soziale Brennpunkte zu öffnen². Die Länder sind gefordert mit landespolitischen Initiativen den Ansatz einer sozialen Stadtentwicklung zu fördern und den Bund zur Fortführung der „Sozialen Stadt“ zu bewegen.
- Durch die Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung 2011 muss deutlich herausgestellt werden, dass investitionsstützende Maßnahmen wie Quartiermanagement, lokale Verfügungsfonds und gebietsbezogene Schlüsselprojekte weiterhin aus dem Programm der Städtebauförderung finanziert werden können.

¹ s. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP (17. Legislaturperiode), Oktober 2009, S. 41

² Das Positionspapier der Bauministerkonferenz vom 2. September 2010 (s. www.is-argebau.de) betont die Bedeutung der Städtebauförderung für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und unterstreicht die Notwendigkeit eines Instruments, das städtebauliche Verbesserung mit sozialen Maßnahmen flankiert.

- Auf der Ebene der Kommunen müssen integrierte Entwicklungskonzepte für benachteiligte Quartiere als Teil einer gebietsübergreifenden Stadtentwicklungsplanung (gesamtkommunaler Masterplan) fortgeschrieben und fachbereichsübergreifende Arbeitsstrukturen weiterentwickelt werden.
- Für die Weiterentwicklung lokaler Aktionspläne gilt es alle Städtebauförderprogramme einzubeziehen und diese zur Ausgestaltung integrierter Sozialraumbudgets zu nutzen. Durch die Einbindung von „starken Partnern“ aus Politik Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen benachteiligte Quartiere nachhaltig abgesichert werden.

Die massive Kürzung der Programmmittel des Bundes wird erhebliche Konsequenzen für benachteiligte Stadtteile und Quartiere in Städten und Kommunen haben. Es ist davon auszugehen, dass lediglich bereits laufende Projekte der „Sozialen Stadt“ ausfinanziert werden und keine neuen Initiativen zur Stabilisierung von Nachbarschaften in sozialen Brennpunkten gefördert werden können. Auch für die laufenden Programmgebiete ist mit deutlichen Einschränkungen zu rechnen.

Mit der faktischen Einstellung des Programms „Soziale Stadt“ werden die Menschen in den Problemquartieren bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme allein gelassen. Über die Projekte der „Sozialen Stadt“ konnte erhebliches lokales bürgerschaftliches Engagement aktiviert und die Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure für das Gemeinwohl in den Quartieren gestärkt werden. Eine positive Trendwende für die benachteiligten Menschen vor Ort konnte eingeleitet werden.

Gerade in Zeiten, in denen der Staat bürgerschaftliches Engagement und Integration fördern will, sind der Aufbau und Erhalt von tragfähigen Strukturen essentiell, um die Selbsthilfe und eine teilhabeorientierte Bürgergesellschaft zu stützen. Die Entscheidung der Koalitionsfraktionen verunsichert lokale Akteure und besonders die in den benachteiligten Stadtteilen aktive Bewohnerschaft. Das in den vergangenen Jahren aufgebaute Engagement in sozial benachteiligten Stadtteilen darf nicht gefährdet werden.

Mit dem Ansatz der „Sozialen Stadt“ ist es gelungen, insbesondere auch die Menschen in Quartieren mit hoher Zuwanderung zu erreichen. Gerade dadurch konnte die im Nationalen Integrationsplan (NIP) geforderte „Integration vor Ort“ gestärkt werden. Die Bundesregierung hat sich im NIP dazu verpflichtet, die „Soziale Stadt“ als eines der zentralen Handlungsinstrumente zu erweitern und eine verstärkte Bündelung mit anderen Fachpolitiken zu erreichen. Der Soziale-Stadt-Ansatz muss weiter Motor für gelingende „Integration vor Ort“ bleiben.

Städte und Kommunen brauchen die Unterstützung und den Anreiz von Bund und Ländern, um die Probleme und Herausforderungen in ihren sozialen Brennpunkten zu bewältigen. Dabei gilt es Mittel sowohl für die städtebauliche Infrastruktur als auch für die Stabilisierung von Nachbarschaften zur Verfügung zu stellen. Mit dem Programm „Soziale Stadt“ ist es in den vergangenen Jahren gelungen Ressortdenken zu überwinden und den städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Herausforderungen vor Ort mit integrierten Handlungsansätzen zu begegnen.

Die BAG appelliert zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden und weiteren Akteuren der sozialen Stadtentwicklung an Politiker im Bund, in den Ländern und in den Kommunen, sich für die uneingeschränkte Weiterführung des Programms „Soziale Stadt“ einzusetzen.

Hannover/ Berlin, 17. Dezember 2010